

GLH und SPD vor Ort: Infoveranstaltung zur geplanten Erweiterung des Gewerbegebiets; Teil I

Viele interessierte Bürger trafen sich am 1. September im bestehenden Gewerbepark Hirschberg an der Schnittstelle zur potentiellen Erweiterungsfläche. GLH und SPD hatten zu einer Informationsveranstaltung zur geplanten Erweiterung des Gewerbegebiets eingeladen, die auf großes Interesse stieß. Aufgezeigt wurden die damit verbundenen Spannungsfelder und Konfliktpotentiale: Steuereinnahmen konkurrieren mit Flächenverbrauch, ökologischen Aspekten und Verkehr.

„**Verlust hochwertiger Böden**“ steht für das Areal im erst vor wenigen Monaten verabschiedeten Flächennutzungsplan. Da wollen es sich GLH und SPD nicht so einfach machen wie Freie Wähler, CDU und FDP, die mit dem Hinweis auf „*dringend notwendige Gewerbesteuererinnahmen*“ den Aufstellungsbeschluss für die Erweiterung herbeigeführt und durchgewinkt haben. Eine kritische Hinterfragung ist zumindest notwendig. Gerade aktuelle Entwicklungen wie Corona, Klimaerwärmung, der jämmerliche Zustand auch des Hirschberger Waldes zeigen, dass ein „Weiter so“ und dauerndes, unreflektiertes Wachstum unweigerlich in die Krise führt und am Ende unsere Lebensgrundlagen zerstören wird. Darauf wiesen auch alle Medien am 22. August hin – es war der „Erdüberlastungstag“. Seit diesem Zeitpunkt sind alle natürlichen Ressourcen für 2020 aufgebraucht und wir leben zu Lasten künftiger Generationen. Wenn alle Menschen Ressourcen verbrauchen würden wie wir in Deutschland, wären drei Erden erforderlich.

Bodenversiegelung in Baden-Württemberg fast ungebremst

Darauf ging auch die erste Referentin ein. Dr. Bianca Räßle, Geschäftsführerin des BUND Rhein-Neckar-Odenwald, beklagte zu Recht die immer noch gewaltige Versiegelung wertvoller Flächen. Jeden Tag werden in Baden-Württemberg 4,5 ha Fläche versiegelt (Statistisches Landesamt, 2018). Es verschwindet also eine Fläche von etwa 6 Fußballfeldern unter Asphalt und Beton - und das täglich! Entsiegelung findet laut B. Räßle dagegen kaum statt. Seit 1950 hat sich die Verkehrs- und Siedlungsfläche in Deutschland verdoppelt!

Noch immer sei der unsinnige Wettbewerb der Kommunen um die Ausweisung von möglichst viel Gewerbefläche alltägliche Praxis. Sinnvolle interkommunale Zusammenarbeit bei Ausweisungen ist die Ausnahme - jeder ist sich selbst der Nächste und beharrt – im globalen Zeitalter – auf althergebrachtem Kirchturmdenken. Des Weiteren würden viel zu selten Langzeit-Folgekostenberechnungen durchgeführt und mögliche Neustrukturierungen und Nachverdichtung im Bestand überprüft. Räßle betonte auch die Wichtigkeit von Böden und Ackerland als Wasser- und CO₂speicher und sowie als Kaltluftschneisen. Angesichts zu trockener und zu heißer Sommer ein ganz wichtiger Aspekt!

Historie

Die Fraktionssprecherin der GLH, Monika Maul-Vogt, ging auf die Vorgeschichte des Gewerbeparks und der jetzt geplanten Erweiterung ein. Nach einem Flächentausch wurde im Flächennutzungsplan neu im südlichen Bereich des jetzigen Gewerbeparks eine Erweiterungsfläche von 10 Hektar vorgesehen. Konsens im Gemeinderat war laut Maul-Vogt eine Erweiterung des Gewerbegebietes um etwa fünf Hektar, um vor allem Bestands-Firmen eine Perspektive anzubieten.

Maßvolle Erweiterung, Verkehr und Erschließung

Doch jetzt soll sofort das ganze Areal bebaut werden. Zum einen handle es sich um die auf absehbare Zeit einzige relevante Erweiterungsfläche, zum anderen um wertvolle Böden. Zudem liege der Bereich im Wasserschutzgebiet. Daher sehe der Flächennutzungsplan bei Umsetzung des Gebiets einen hohen ökologischen Ausgleichsbedarf. Fragen werfe auch die Verkehrsproblematik samt der Erschließung auf. Derzeit erfolgt der Anschluss ausschließlich über den Kreisell und die Stichstraße „Im Rott“. Die Erschließung des Bestands beruht auf einem inzwischen veralteten Verkehrsgutachten und Zahlen zum Verkehrsaufkommen aus dem Jahr 2000. Seitdem ist einiges an Verkehr dazu gekommen. Der neue Flächennutzungsplan weise darauf hin, dass das bestehende Verkehrskonzept nicht ausreichend sei. Bereits das damalige Verkehrsgutachten zeige die Grenzen auf, so Maul-Vogt; verschärfend komme hinzu, dass sich die Anbindung eines neuen Gebiets durch den Flächentausch verändert hat.

Und werden jetzt sofort die gesamten im Flächennutzungsplan vorgesehenen 10 Hektar erschlossen, werden zukünftigen Gemeinderäten für lange Zeit eigene Gestaltungsspielräume genommen.

Qualitätskriterien und Wandel von Arbeitsstrukturen berücksichtigen

Der ehemalige SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Scholz erläuterte anschließend den gemeinsamen Antrag von GLH und SPD zu den Qualitätskriterien für ein mögliches neues Gewerbegebiet. Das sind z.B. qualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze, eine hohe Arbeitsplatzdichte und keine Lagerhallen wie in Heddesheim, zukunftsfähiges Gewerbe, geringe betriebliche Emissionen, Nachhaltigkeit, Standortbezug, geringer Flächenverbrauch und geringes Verkehrsaufkommen. Voraussichtlich in der Sitzung vom 29. September soll darüber im Gemeinderat diskutiert werden. Außerdem hinterfragte er den Bedarf: Auswirkungen von Corona werden in der derzeitigen Bedarfsanalyse gar nicht berücksichtigt. Dies betrifft auch den Wandel der Arbeitsstrukturen; z.B. Homeoffice und stärkere Digitalisierung.“ Aus diesem Grund ist eine aktualisierte Bedarfsanalyse dringend geboten. Hinsichtlich der von anderen Fraktionen unbegründet geschürten Furcht, dass Dinge wie z.B. die Vereinszuschüsse der Gemeinde ohne die Gewerbegebietserweiterung in Zukunft nicht mehr möglich seien, erinnerte Scholz daran, dass diese Fraktionen noch vor Kurzem die Haushaltslage rosarot gezeichnet hätten um bei bestimmten Bauvorhaben das Geld mit geradezu übervollen Händen auszugeben.

SPD und GLH sind nun gespannt, ob Freie Wähler, CDU und FDP in der nächsten Gemeinderatssitzung ihren Antrag zur Aufstellung entsprechender Kriterien für das Gewerbe unterstützen werden. Denn Qualitätskriterien galten schon beim alten Bebauungsplan. Wenn man sich nun in dem Gebiet genau umschaue, könnte man jedoch vermuten, dass sie zumindest teilweise missachtet bzw. einfach nicht umgesetzt wurden.

Wie stehen GLH und SPD zum angestrebten Bürgerentscheid?

GLH und SPD sehen im Bürgerbegehren eine berechtigte, demokratische und legitime Beteiligung der Bürger an einer wichtigen Entscheidung. Ob sie den Bürgerentscheid aktiv unterstützen, wird vom Verlauf des Verfahrens sowie den Beschlüssen des Gemeinderats abhängen. In jedem Fall jedoch gilt es, den Wunsch nach einem Bürgerbegehren, erst recht

ein solches selbst, als legitime aktive Bürgerbeteiligung zu respektieren. Das Bürgerbegehren oder Beteiligte zu verunglimpfen, entspricht nicht den demokratischen Spielregeln.

Unabhängig davon setzen sich GLH und SPD auch weiterhin im Sinne unserer Bürgerschaft, unserer Umwelt und nachfolgender Generationen für die Reduktion der Erweiterung auf einen maßvollen, der Situation angepassten Umfang und nachhaltige, angemessen hohe Qualitätsanforderungen an das anzusiedelnde Gewerbe und den betreffenden Bebauungsplan ein.